

# Vossische



# Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint zweimal täglich (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr. Für Reise und Wanderung: Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage. Allgemeine Verlosungs-Tabelle.

Bezug: In Groß-Berlin monatlich 8 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 2,80 M. oder viertelj. 8,40 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: Zeile 1 M. u. 30 % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 1 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 294

## Das Programm der neuen Regierung.

### Ebert an die deutsche Presse.

Der Empfang beim Reichspräsidenten.

Weimar, 12. Februar.

Der Reichspräsident Ebert empfing am Mittwoch nachmittags im Foyer des Nationaltheaters zu Weimar die Vertreter der deutschen und deutsch-österreichischen Presse, um gleich beim Antritt seines neuen Amtes persönlich mit ihnen in Fühlung zu treten. Er führte hierbei folgendes aus:

„Der erste Tag meines Amtes soll auch der Tag sein, an dem ich mit der deutschen Presse Fühlung nehme. Sie wissen, ich war ebenfalls Redakteur. Ich kenne aus eigener Erfahrung Ihre Aufgaben und Pflichten, Ihre Schwierigkeiten und Anstrengungen. Bei mir können Sie Unterstützung finden. Ich freue mich, daß mir ein Amt zugefallen ist, unter dessen vornehmsten Aufgaben die Wahrung der völligen Pressefreiheit obenansteht.“

Unter den hier versammelten Herren sind alle Parteirichtungen vertreten. Es ist meine Aufgabe und das Erfordernis meines Amtes, mit Ihnen allen in Beziehungen zu treten, ohne Rücksicht auf Ihre oder meine Parteizugehörigkeit. Sehen Sie bitte darin ein Zeichen für die Art, wie ich das Präsidentenamt verwalten will. Nicht eine Partei, sondern die große Mehrheit des ganzen Volkes hat mich erwählt und kann daher auch von mir verlangen, daß ich der Präsident des Volkes und nicht einer Partei bin.

Ich glaube, wir alle, die wir im öffentlichen Leben politisch tätig sind, haben zu einem gewissen Teil die Pflicht, uns nicht als Vertreter nur eines Teiles, sondern als Vertreter des ganzen Volkes zu fühlen. Das Einzelne kann nur gedeihen, wenn das Allgemeine gedeiht, und Parteideale lassen sich nur durchführen und dürfen nur durchgeführt werden, wenn sie der Ansicht und dem Wohl des Ganzen entsprechen. Zur Demokratie gehört auch der Respekt vor einer anderen Ansicht, der dem Parteilampf feste Grenzen ziehen muß.

Zwei Aufgaben hat die neue Regierung vor allen anderen: Den Frieden zu sichern und die Verfassung zu beschließen. Beides muß geschehen im Zeichen der Gerechtigkeit, Gerechtigkeit nach außen und innen, für Deutschland gegenüber unseren bisherigen Gegnern, für jeden unserer Volksgenossen gegenüber bisheriger Bedrückung und Unfreiheit. Das Arbeitsprogramm, auf Grund dessen die neue Regierung diese zwei Aufgaben lösen wird, wird der Ministerpräsident morgen vertreten. Ich will heute nur eines sagen: Es ist kein Kompromißprogramm im schlechten Sinne. Alle drei Parteien, die daran mitgearbeitet haben, haben sich rückhaltlos auf den Boden unversälfchter und unverfälschter Demokratie gestellt.

Wir können heute sagen, die Demokratie ist für Deutschland in einem Umfange gesichert, wie für kein anderes Land. Bei unserer ausschlaggebenden Beteiligung am Regierungsprogramm können Sie sich denken, daß auch unsere sozialistischen Ideale die Programmaufstellung wesentlich beeinflusst haben. Allerdings, als wahrhaftige Demokraten haben wir nicht daran gedacht, andere Ansichten und Auffassungen zu vergewaltigen, aber wir haben es ermöglicht, daß eine vollkommene Ueber einstimmung erzielt wurde über die Art, wie die Sozialisierung anzubahnen sei.

Danach sollen Wirtschaftszweige, die nach ihrer Art und ihrem Entwicklungsgang einen privatmonopolistischen Charakter angenommen haben und dadurch zur Sozialisierung reif geworden sind, auf Reich, Staat, Gemeindeverbände und Gemeinden zu übernehmen sein und als solche Wirtschaftszweige werden besonders erwähnt die Bergwerke und die Erzeugung von Energie. Sie sehen, die sozialistische Partei kann und wird ihren Idealen nicht untreu werden, aber sie lehnt es in echt marxistischer Weise ab, einem Vergewaltigungsprinzip des Wirtschaftslebens an die Stelle des Prinzips des organischen Wachstums zu setzen. Als die Zeit zur Demokratie reif war, ist das demokratische Deutschland entstanden. Nun muß die Zeit zum Sozialismus reif werden und bis dorthin muß der soziale Gedanke an Handlungen jeder Regierung bestimmen.

Meine Herren! Die Organe der Regierung, welche mit den Herren von der Presse zu tun haben, sind angewiesen, diese ihre Arbeit in verständnisvollstem Sinne zu leisten, in einem Sinne, der nichts zu tun hat mit Beeinflussung, sondern der geeignet ist, die Mitarbeit der Presse anzukurbeln. Der große englische Demokrat Junius hat einmal gesagt, die Freiheit der Presse, wenn sie unter einer despotischen Regierung möglich wäre, könnte allein schon ein Gegengewicht gegen die Macht des Fürsten werden. Ueber einen solchen Gegensatz sind wir weit hinausgewachsen. Aber ich sage heute und würde mit freuen, wenn ich dabei Ihre Zustimmung fände, daß die Freiheit der Presse, ihre Arbeit, ihre Mitarbeit, ihre Anregungen, ihre Vor-

schläge, wie dies alles im heutigen Deutschland jeder Beschränkung entbunden sein soll, eine notwendige Fortsetzung unserer Arbeit in der Regierung bildet und uns Tag für Tag in lebendigen Zusammenhang mit Volksweltung und Volkswillen setzen muß.“

Die Ansprache des Reichspräsidenten wurde von den versammelten Pressevertretern an mehreren Stellen und insbesondere am Schluß durch lebhaften Beifall unterbrochen. Darauf nahm als Vorsitzender der Pressevereinigung in Weimar Georg Bernhardt das Wort, um namens der versammelten Pressevertreter

### Radek in Berlin verhaftet.

Der Leiter der Außenpropaganda der bolschewistischen Sowjetregierung Karl Radek, der sich seit dem Gefängnis des Spartakuspuffsches im Januar d. J. in Berlin verborgen gehalten hat, ist gestern nachmittags in seinem Versteck, einer Hinterhauswohnung in Charlottenburg, verhaftet und dem Untersuchungsgefängnis in Moabit eingeliefert worden. Mit ihm ist auch seine Sekretärin Lina Beder und seine Stenotypistin festgenommen worden. In der Wohnung Radeks, die das Zentralbüro der bolschewistischen Propaganda in Berlin war, wurden außer einem bedeutenden Geldebetrage auch zahlreiche Papiere und Briefschaften beschlagnahmt, die einer Durchsicht noch nicht unterzogen worden sind, aber vermutlich wertvolle Aufschlüsse über die Beziehungen zwischen dem Spartakusbund in Berlin und der russischen Sowjetregierung sowie über die Vorbereitungen, zu den für das Frühjahr geplanten neuen Spartakuspuffschen in Berlin geben werden. (Siehe auch erste Beilage.)

der Freude darüber Ausdruck zu geben, daß ihnen sogleich Gelegenheit gegeben worden ist, den Reichspräsidenten in ihrer Mitte zu begrüßen. Der Zusammenklang aller Stimmen der Presse, der die sogenannte öffentliche Meinung bilde, erhebe sich über die Parteien hinaus und gebe in seinem Grundton die wesentlichen Elemente des Empfindens des ganzen Volkes wieder. Denn zwischen öffentlicher Meinung und Journalismus finde eine lebhaft Wechselwirkung statt. So sehr auch die Zeitung von Einfluß auf die Bildung der öffentlichen Meinung ist, so ist doch jeder Journalist im Innersten seines Wesens ein Kind seines Volkes und teilt seine Empfindungen mit ihm, und aus der Berührung mit seiner Heimat und der Erinnerung an sie gewinnt er die beste Kraft seines Schaffens. So hat auch ein jeder Angehörige der Presse mit jeder Faser seines Herzens die Not des Vaterlandes während der Kriegsjahre gefühlt und jederzeit auch selbst an seinem Teile die Schwere der Last, die der Verlust des Krieges in Deutschland mit sich gebracht hat.

„Sie dürfen, Herr Reichspräsident“, so fuhr der Redner fort, sicher sein, daß die gesamte deutsche Presse ohne Unterschied der Partei sich auf den Boden der sorgfältigsten Entwicklung stellen und alle Maßnahmen unterstützen wird, die dazu dienen, das Vaterland aus den Tagen seiner schwersten Not wieder in ruhigere Zeiten zu führen. Nur die gemeinsame, auf das Höchste gespannte Arbeitsleistung der gesamten deutschen Nation nach einheitlichem Plane in einem einzigen deutschen Reiche kann die Grundlage abgeben für die Entfaltung der kulturellen Eigenart aller deutschen Stämme. Dies mitzuschaffen zu helfen, sehen wir als unsere höchste Aufgabe an, und wir wollen das vor Ihnen bekräftigen, indem wir einstimmig in den Ruf: Der Reichspräsident, der Führer zum einigen, freien Reiche aller deutschen Stämme, er lebe hoch!“

Reichspräsident Ebert dankte dem Redner für diese Ausführungen und erklärte seine vollkommene Uebereinstimmung damit. Er versicherte nochmals, daß er den Schutz der Presse- und Meinungsfreiheit als seine höchste Aufgabe ansehe. In den Wochen seiner bisherigen Regierungszeit sei ihm nichts schmerzlicher und niederdrückender gewesen, als der Umstand, daß an vielen Orten die Presse vergewaltigt worden ist, ohne daß die Regierung die Machtmittel besäße, dies zu verhindern. Sobald die Regierung die notwendigen Machtmittel wieder fest in der Hand hatte, habe sie es als ihre erste und heiligste Aufgabe angesehen, gegen die unerhörten Vergewaltigungen vorzugehen. (Beifall.) Das soll auch in Zukunft geschehen, wenn sich jemals die Notwendigkeit dazu ergeben sollte. Der Reichspräsident erklärte wiederholt, daß er die Aufrechterhaltung der unbedingten Presse- und Meinungsfreiheit unter allen Umständen durchsetzen werde und schloß mit einem Hoch auf ein gedeihliches Zusammenwirken mit der deutschen Presse.

### Beratungen der Fraktionen.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters je Weimar, 12. Februar.

Für die Zusammenarbeit der drei Mehrheitsparteien, die die Regierung bilden, ist ein Arbeitsprogramm aufgestellt worden, dessen Einzelheiten heute von den Fraktionen eingehend beraten worden sind. Doch ist anzunehmen, daß die Grundlinien im wesentlichen unverändert bleiben werden.

Für das Gebiet der Innenpolitik sind 13 Punkte aufgezählt. An der Spitze steht der Satz: Die verfassungsgebende Deutsche Nationalversammlung ist der alleinige Träger der Reichsgewalt. Dieses programmatische Bekenntnis wird starken Widerhall finden in allen Kreisen, die in der Betonung der Reichseinheit gegenüber den bisherigen Partikulargewalten die wichtigste Errungenschaft der Revolution und die unentbehrliche Grundlage des neuen Aufbaues erblicken. Auch die weiteren Punkte des Programms betonen die Notwendigkeit, die Einheit des Reichs durch eine starke Zentralgewalt zu befestigen und die Außenpolitik einschließlich der auswärtigen Wirtschaftspolitik einheitlich zu führen. Eine solche Erklärung ist uns so notwendig, als sich bekanntlich Ansätze geltend machen, separate Wirtschaftsbeziehungen von einem Einzelstaate zu Nachbarländern anzuknüpfen.

Bei einzelnen Forderungen zeigen sich freilich auch Einflüsse der Kreise der Regierungsmehrheit, die an dem Sonderleben der Einzelstaaten festhalten. So wird zwar eine gemeinsame Grundlage für den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens gefordert, aber für das Verkehrswesen auf die strikte Forderung für die Uebernahme durch das Reich verzichtet und die beherrschbare Form gewählt, daß eine Förderung und Ausgestaltung unter voller Wahrung des Reichsinteresses zu erfolgen habe. Dem Reich wird ferner die Aufgabe zugewiesen, in enger Fühlung mit den beteiligten Kreisen regelnd und ausgleichend einzugreifen, damit das Wirtschaftsleben sich zum Wohle des ganzen Volkes entwickeln kann.

Für das Gebiet der Verwaltung werden demokratische Grundzüge aufgestellt, die Verjüngung des Beamtenkörpers angekündigt und die Heranziehung der Frauen zum öffentlichen Dienst entsprechend den auf allen Gebieten vermehrten Frauenaufgaben als notwendig bezeichnet.

Der Maß über die Volksbildung verspricht höchste Entwicklung des Schulwesens von unten auf. Es müsse jedem Kinde ohne Rücksicht auf die elterlichen Vermögensverhältnisse der Zugang zu den höchsten Ausbildungsstufen gemäß seiner Begabung ermöglicht werden.

Der Abschnitt über die Schaffung eines neuen, auf demokratischen Grundzügen aufgebauten Volksheeres betont dessen despotischen Charakter. In Anlehnung an das bisherige Institut der Soldatenräte sollen Soldatenausschüsse gewählt werden, die bei der Verpflegung und Unterbringung sowie bei der Erledigung von Beschwerden mitwirken sollen. Die in den Kasernen befindlichen Soldaten einschließlich auch des Jahrganges 1899 sollen sofort entlassen werden. Für die bisherigen aktiven Offiziere und Unteroffiziere sollen weitgehende Förderungen getroffen werden. In der Uebergangszeit sollen die bisher von den Soldaten gewählten Führer sich weiter betätigen, soweit sie sich bewährt haben. Für die Kriegshinterbliebenen und Kriegsbeschädigten soll ausreichend gesorgt werden.

Mit großer Vorlicht, die sich aus den Verhältnissen erklärt, wird die Frage des Abbaues der Höchstpreise behandelt. Die Rationierung soll für die notwendigen Lebensmittel vorerst aufrechterhalten werden. Die Freigabe der Verteilung der Lebensmittel und die Entfaltung des freien Handels soll erst erfolgen, wenn die Versorgung des Marktes so sicher gestellt ist, daß Angebot und Nachfrage Ausgleich finden können. Ausführungsbeschränkungen sollen nur soweit gelten, als dies mit Rücksicht auf unsere Finanzverhältnisse notwendig ist. So lange die Einfuhr der rationierten Lebensmittel von Reichsstellen geleitet wird, sollen Interferenzen des Handels hinzugezogen werden.

Ein besonderer Punkt des Programms ist der Frage der Sozialisierung gewidmet. Der Reichspräsident Ebert hat darüber den Vertretern der deutschen Presse bereits heute grundlegende Mitteilungen gemacht, die sich im wesentlichen mit den Richtlinien der drei Parteien decken. Als „reife“ gelten Wirtschaftsgebiete, die nach ihrer Art und ihrem Entwicklungsgang